



Mitglieder der Enquete-Kommission
Internet und digitale Gesellschaft

Enquete-Kommission Internet und
digitale Gesellschaft

-Projektgruppe Demokratie und Staat-

Ergebnisprotokoll der siebten Sitzung der Projektgruppe Demokratie und Staat vom 23. Januar 2012

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erläutert den Ablauf.

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die **Protokolle der Sitzung vom 28. November 2011** kein Widerspruch erhoben wurde und sie somit ohne Änderungen oder Ergänzungen von der Projektgruppe genehmigt worden seien.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

TOP 1 Arbeitsplan Kapitel 1 Grundlagen

Input-Referat Partizipationspotenziale

Es wird ausgeführt, bei vielen Menschen könne man eine zunehmende Entfremdung in Bezug auf Politik feststellen. Die entscheidende Frage sei, worin die Ursachen hierfür zu suchen seien.

Die auf Bundesebene alle vier Jahre, auf Landesebene im Abstand von fünf Jahren stattfindenden Kommunal- oder Parlamentswahlen führten dazu, dass sich das Land in einem



Dauerwahlkampf befinde. Hinzu trete, dass für den Wähler zunehmend undurchschaubar wird, wer etwas verantwortlich entscheide. Die in den letzten Jahren beständig abnehmende Wahlbeteiligung führe zu einer zunehmenden Delegitimierung.

Die Parteien seien der entscheidende Filter, wenn es um die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl gehe. Die Partizipationsmöglichkeit für einzelne Bürgerinnen und Bürger gestalte sich hier schwierig. Es sei denn, man werde oder sei Mitglied einer Partei.

Hinzu trete, dass sich der in der Wahlentscheidung artikulierte Wählerwille, durch die zumeist bestehende Notwendigkeit zur Koalitionsbildung und dem damit verbundenen Erfordernis politische Kompromisse einzugehen, massiv relativiert werde. Die Menschen verstünden am Ende von politischen Entscheidungsprozessen oftmals nicht mehr genau, was letztendlich getroffene Entscheidungen noch mit der von ihnen präferierten Grundlage von Entscheidungen zu tun habe. Dies führe zu einer zunehmenden Entfremdung der Menschen vom Wahlprozess und letztlich zu einer Delegitimierung parlamentarischer Entscheidungen. Insofern sei die Feststellung, dass sich die repräsentative Demokratie in einer Krise befinde, richtig.

Daher liege in einer stärkeren Partizipation auch mittels des Internets eine Chance. Der Partizipationsprozess bestehe aus Information, Debatte und Entscheidung. Der Fokus liege letztlich nicht auf der Entscheidung, sondern auf der Nachvollziehbarkeit dieser. Der Ausbau von Partizipationsangeboten müsse sich vor allem auf die Phasen der Information und der Debatte konzentrieren. Transparenz und Partizipation in Bezug auf politische Vorgänge seien die richtigen Ansätze. Was die Entscheidung selbst angehe, sei die repräsentative Demokratie trotz aller Probleme das beste unter allen nicht perfekten



Systemen. Gleichwohl seien Plebiszite in einzelnen Sachfragen geeignet, zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten anzubieten und damit auch zusätzliche Legitimation zu generieren. Allerdings gab der Projektgruppenvorsitzende hier zu bedenken, dass derjenige, der entscheide, wie eine entsprechende Frage ausformuliert ist, den Ausgang von Plebisziten maßgeblich bestimmen könne.

Der folgende Referent berichtet, eine aktuelle Forsa-Studie habe v. a. zwei Ergebnisse gebracht. Erstens schwinde die Legitimationsbasis für Regierungen massiv. Betrachte man, von wie viel Prozent der Gesamtbevölkerung – nicht der Wahlberechtigten – eine Regierung getragen werde, so erhalte man für Landesregierungen in Deutschland Werte von ca. zwanzig Prozent. Die Studie habe aber auch gezeigt, dass die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger für die parlamentarische Demokratie nicht abnehme. Die geringe Wahlbeteiligung sei also nicht unbedingt ein Zeichen für Demokratiemüdigkeit oder für mangelnde Identifikation mit der Staatsform. Trotzdem sei das Ergebnis der Studie für Regierungen auf Dauer ein Problem. Insofern könne man die Frage stellen, wie man die Bereitschaft sich zu engagieren erhöhen könne.

Zum Zweiten habe die Studie untersucht, inwieweit das Internet eine Verbreiterung der Partizipationsbasis bringen könne. Im Ergebnis sei interpersonale Kommunikation entscheidend; nicht intermediale. Ein entscheidender Fehler der Studie sei, die Zuordnung der Internetkommunikation zu den Medien. Interpersonale Kommunikation könne heutzutage auch Informationsvermittlung und damit Kommunikation über soziale Netzwerke sein, die internetbasiert seien. Dieser Aspekten fehle in der Untersuchung. Die Grundanalyse könne er teilen. Er würde



aber nicht den Schluss ziehen, dass es nicht lohne, das Internet bzw. den Online-Bereich daraufhin zu untersuchen, inwieweit man Instrumente finden oder verbessern könne, die Partizipationschancen erhöhten.

Demnach sei es sinnvoll, sich anzuschauen, was man über Partizipation über Internetinstrumente eigentlich wisse. Die Studie „Bürger-online“ habe in einer Längsschnittuntersuchung über zehn Jahre hinweg betrachtet, inwieweit das Internet in der politischen Kommunikation angekommen sei. Im Ergebnis seien stabile neue Strukturen entstanden, die in bestimmten Gruppen extrem stark genutzt würden. Diese unterschieden sich kategorial von den Kommunikationsmöglichkeiten, die traditionelle Medien bieten. Ob diese Erkenntnis von Politik, Parlamenten und Parteien hinreichend berücksichtigt werde, sei zu diskutieren.

Laut der Studie seien traditionelle Medien weiterhin für alle Zielgruppen für die politische Kommunikation bedeutsam. Es sei keineswegs so, dass diese Medien für die jungen Menschen keine Rolle mehr spielten, sie nutzten die neuen Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion aber deutlich stärker als andere Zielgruppen. Auch die traditionellen Medien dürften daher nicht vernachlässigt werden.

Der entscheidende Befund der Bürger-online Studie sei, dass bisher kaum messbar sei, inwieweit sich die Partizipationsbasis durch internetbasierte Kommunikations- und Partizipationsforen verbreitern lasse. Das heiße, diejenigen, die sich schon früher für Politik interessiert haben und das auf klassischem Wege getan haben, die täten dies jetzt verstärkt und auch mit neuen Instrumenten online. Zur Verbreiterung hätten die neuen Möglichkeiten bisher aber so gut wie nichts beigetragen. Darüber, ob es Instrumente und Möglichkeiten gebe, hier eine Verbesserung zu erreichen und die Partizipationsbreite zu



erhöhen, solle diskutiert werden. Es sei wahrscheinlich, dass dies nicht ausschließlich ein netzpolitisches Thema sei. Dass Leute sich für Politik interessierten, hänge nicht nur von den Möglichkeiten und Instrumenten ab, die ihnen gegeben würden, sondern vermutlich auch davon, wie Politik sich darstelle, online oder offline. Möglich sei auch, dass die Menschen Angelegenheiten in ihrem Bereich stärker selbst regelten. Vorsichtig formuliert, könne es also daran liegen, dass Politik für Gesellschaftsgestaltung eventuell an Bedeutung verliere. Politische Partizipation sei demzufolge nicht mehr so wichtig, wie sie es früher einmal gewesen sei. Für das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger ändere sich nicht viel, unabhängig davon, welches politische Lager eine Wahl letztlich gewinne.

Ein Wissensdefizit gebe es im Bereich der Nicht-Wähler bzw. der Nicht-Partizipierenden. Warum beteiligten sie sich nicht? Stimme die These, dass sie sich im Prinzip schon für Politik interessierten, aber glaubten, im Augenblick sei diese für ihr Leben nicht so relevant? Oder, liege es daran, dass diese Menschen gern partizipieren würden, die Instrumente aber nicht vorfänden? Die Nicht-Wähler seien in der Wahlforschung noch nicht ausreichend berücksichtigt. Unter dem Gesichtspunkt, den die Projektgruppe diskutiere, sei dies aber von entscheidender Bedeutung.

In der Partizipationsdiskussion gehe es nicht nur um den Gesichtspunkt der Mitentscheidung. Auch die Entscheidungsvoraussetzungen müssten reflektiert werden. Wie beziehe man Bürgerinnen und Bürger stärker in den Prozess der Wissensgenerierung für politische und parlamentarische Entscheidungen ein? Die Phasen vor der eigentlichen Entscheidung müssten in den Blick genommen werden. Diese Betrachtung habe den Vorteil, dass sie nicht an den Grundfesten der parlamentarischen Systematik rühre. Gleichzeitig könne es



die Machtgleichgewichte im Hinblick auf den Informationszufluss zu den politischen Entscheidungsträgern beeinflussen, denn gut organisierte und gut finanzierte Interessen hätten es einfacher, sich Foren zu schaffen als andere. Hier biete das Internet eine Möglichkeit, dies auszubalancieren. Wissen, Ideen und Probleme könnten an Entscheidungsträger herangetragen werden, ohne über einen entsprechenden Apparat zu verfügen, der dies ermögliche.

Zuletzt weist der Vortragende darauf hin, es gebe Untersuchungen, die sich mit den Veränderungen im Wirtschaftsbereich oder mit innerbetrieblichem Vorschlagswesen beschäftigten. Immer bestünden hohe Erwartungen an die Beteiligung. Am Ende sehe man zwar, dass sich verhältnismäßig wenige Personen tatsächlich beteiligt hätten, die Qualität des Inputs aber relativ hoch sei. Wolle man Partizipationsplattformen einrichten, so sei dies dort besonders sinnvoll, wo ein qualitativer Input zu erwarten sei. Wichtig sei, eine qualitative Verbesserung zu erreichen. Dies könne auch durch sehr wenige Anregungen geschehen. Solche Systeme seien bereits extrem wertvoll, wenn nur einige Anregungen Eingang in den politischen Prozess fänden bzw. Probleme wahrgenommen würden, die ansonsten nicht erkannt worden wären.

Der Vorsitzende dankt dem Referenten und erklärt, die letzte These sei durch die Nutzung von Adhocracy gut zu belegen. Anschließend wird die Aussprache eröffnet.

Zu Beginn referiert ein sachverständiges Mitglied, die Arbeit der Enquete-Kommission über die Internetseite www.enquetebeteiligung.de begleiteten derzeit 2.316 Mitglieder. Insgesamt 404 Vorschläge seien eingereicht worden. Dazu gebe es 2.185 Kommentare. Über 12.000 Stimmen seien bei den



durchgeführten Abstimmungen abgegeben worden. Die Zahlen bezögen sich auf die gesamte Plattform und erstreckten sich damit über alle Projektgruppen hinweg.

Zur Projektgruppe Demokratie und Staat habe es seit Oktober 2011 ganze sieben Vorschläge gegeben. Dies offenbare auch das Dilemma. Beteiligung könne nur funktionieren, wenn entsprechender Input vorhanden sei. Wenn Beteiligung gewollt sei, müsse möglichst viel, möglichst früh herausgegeben werden, damit eine Diskussion stattfinden könne. Zugleich müsse dieses Angebot natürlich auch beworben werden.

Beteiligung stehe und falle mit der Kontroversität der Themen. Es komme aber auch darauf an, wie viel Input man zum Thema gebe. Stuttgart 21 zeige, dass es auch schwierig sei, mit Beteiligung umzugehen. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen sei auch wegen ihrer Position gewählt worden, die sie in dieser Auseinandersetzung vertreten habe. Nun habe eine Bürgerbefragung ein anderes Ergebnis gebracht und trotzdem verlange man von den Grünen, ihre bisherige Position auch umzusetzen.

Der Vorsitzende erklärt, es sei sicher richtig, dass seit dem die Projektgruppe Demokratie und Staat ihre Arbeit aufgenommen habe, lediglich sieben Vorschläge über die Beteiligungsplattform eingebracht worden seien. Insgesamt – also seit Öffnung der Projektgruppe auf der Plattform – seien jedoch bereits 74 Vorschläge eingebracht worden, die auch entsprechend bei der Erstellung des Arbeitsprogramms der Projektgruppe aufgenommen worden seien.

Ein Abgeordneter berichtet, frage man die Menschen, ob sie sich mehr Partizipation wünschten, werde dies oft sofort bejaht. Der Prozentsatz derjenigen, die von solchen Möglichkeiten Gebrauch



machten, sei aber deutlich geringer. Dieser Erfahrung mache man auch im Bereich der Direktwahl von Bürgermeistern oder Landräten. Die Möglichkeit zur Direktwahl sei immer wieder gefordert worden. Die Wahlbeteiligung liege dann letztlich jedoch oftmals nur bei 25%. Der Mandatsträger der z.B. mit 63% der abgegebenen Stimmen gewählt worden sei, wähne sich von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen. Das treffe natürlich letztlich nicht zu und sei demnach ein großes Problem und eine Herausforderung. In der Debatte betrachteten manche das Internet fast schon als Wert an sich, mit dem man Partizipation neu beleben könne. Er sei diesbezüglich eher skeptisch und glaube, das Internet sei eher ein Instrument. Die Frage sei, wie es genutzt werde. Er mache eine Erfahrung, die am Ende eher dazu führen könne, dass das was man derzeit in den Medien erlebe, auch eine negative Entwicklung für die Akzeptanz politischer Prozesse nehmen könne.

Es sei sehr gut, dass politische Prozesse von ihrem Beginn bis zu ihrem Ende nachvollziehbar würden. Es sei nicht mehr so, dass eine Idee in nichtöffentlichen Gremien debattiert und das Ergebnis präsentiert werde und der Bürger im Anschluss das Ergebnis bewerten könne, um seine Präferenz einer Partei, der Regierung oder der Opposition zuordnen zu können.

Heute werde oftmals die Idee geäußert und der interessierte Bürger könne die vormals interne Debatte z. B. in einer Fraktion unmittelbar nachvollziehen. Die Fraktionssitzungen seien defacto öffentlich, da es immer jemanden gebe, der die relevanten Punkte an Journalisten weitergebe.

Das führe dazu, dass Demokratie ziemlich anstrengend sei, sowohl für die, die Politik machten als auch für diejenigen, die sie verfolgten. Auf der einen Seite gebe es die Entscheidungsträger, die Politiker, die noch nicht in jedem Punkt damit umgehen könnten, dass es diese Transparenz jetzt gebe,



dass sich politische Prozesse dadurch veränderten und darauf mit unter hilflos reagierten. Umgekehrt habe der Bürger aber offensichtlich noch nicht verstanden, dass auch das Verfolgen des demokratischen Prozesses dadurch viel anstrengender werde, weil er nicht mehr das Ergebnis eines langen Diskurses präsentiert bekomme und dieses Ergebnis nur noch bewerten müsse, sondern der Bürger sämtliche interne Diskussionsprozesse in Fraktionen, in Koalitionen und in der Gremienarbeit theoretisch nachvollziehen kann. Die meisten Bürger wollten dies aber gar nicht. Sie wollten schlicht am Ende ein Ergebnis, zu dem man sich eine Meinung bilden könne. Einen Diskurs zu einem bestimmten Thema von Anfang bis Ende nachzuvollziehen, das wolle und könne nur ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung. Manchem fehle schlicht die Zeit, die vollständige Debatte nachzuvollziehen. Die spannende Frage sei nun, wie man es einerseits schaffe, eine Akzeptanz für diese Offenheit und das dadurch entstehende vermeintliche Chaos im Diskurs zu schaffen. Andererseits komme es darauf an, ein gewisses Verständnis für diese Komplexität zu schaffen. Die Menschen wünschten sich, dass breit diskutiert aber auch schnell entschieden werde. Beides zusammen gehe nicht. Im Diskurs prallten Ansprüche auf die Entscheidungsträger, die schwer in Einklang zu bringen seien. Wenn dies nicht positiv begleitet werde, könne über das Internet nicht mehr Akzeptanz für politische Prozesse entstehen. Nur die Offenlegung des Prozesses reiche allein nicht. Es träten andere Faktoren hinzu, z. B. die Frage der Repräsentativität.

Einerseits sei die Offenheit und Transparenz eine große Chance. Andererseits würden die Chancen nicht immer positiv gesehen. Es sei gemeinsam zu überlegen, wie man eine positive Wendung in dem Sinne herbeiführen könne, dass die Menschen – trotz aller Anstrengungen und trotz des Hin und Her des Diskurses –



letztendlich zu dem Schluss kämen, dass Transparenz und Offenheit positiv gesehen werden und auch gewünscht seien. Es müsse gelingen, dies breit zu verankern. Das sei notwendig, damit etwas Positives entstünde.

Eine Sachverständige erklärt, die Unterscheidung des Partizipationsprozesses in Information, Debatte und Entscheidung sei für die weitere Betrachtung wichtig. Man könne durch die Online-Tools im Rahmen der Phasen Information und Debatte eine Menge leisten. In der Phase Entscheidung müsse man aber vorsichtig vorgehen.

Die Frage der Rahmenbedingungen sei bisher noch zu kurz gekommen. Auf welcher technischen Basis mache man das und welches seien die Rahmenbedingung für diejenigen, die sich beteiligten? Könne man sich anonym beteiligen oder nicht? Es habe sich schon erwiesen, dass es hier auf die Beteiligung an Diskussionen Einflüsse gebe. Dass auch negativer Druck entstehen könne, sei auch klar. Es gebe ein Tool, z. B. im Bereich der ePetitionen des Deutschen Bundestages, mit dem man gezielt nach allen Leuten suchen könne, die über eine bestimmte politische Fragestellung abgestimmt haben. So könne nicht nur nach deren Namen, sondern zusätzlich auch nach dem jeweiligen Abstimmungsverhalten gesucht werden. An dieser Stelle werde es doch sehr problematisch. Das heiße, dass sich Leute an bestimmten Diskussionen gar nicht erst beteiligten, da sie eine solche Nachvollziehbarkeit ihrer politischen Positionierungen vermeiden wollten. Es gebe mittlerweile oftmals auch schon Druck seitens des Arbeitgebers, sich an bestimmten Diskussionen unbedingt zu beteiligen, weil es dessen Interessen nutze. Damit sei auch eine Kontrolle möglich, ob man sich beteiligt habe oder nicht. Der Bereich bezüglich der Transparenz der Diskutanten und deren Positionierungen müsse



dringend in die Diskussionen einbezogen werden. Zudem müssten unterschiedlich Ebenen betrachtet werden, wenn es um Abstimmungen gehe. Welche Relevanz habe die Abstimmung? Handele es sich lediglich um das Voranbringen einer bestimmten Diskussion, gehe es um grundsätzliche politische Richtungen, zum Beispiel im Bereich Gesundheitsreform, oder gehe es tatsächlich um Personenwahlen und die damit verbundenen Mandate? In den letztgenannten Bereichen wären abschließende online-Entscheidungsmechanismen doch sehr problematisch.

Ein sachverständiges Mitglied fragt an einen der Referenten gerichtet, ob die Aussage, dass es bezüglich einer Beteiligung zwar nicht viele Beiträge gebe, die Qualität dieser aber relativ hoch sei, belegt werden könne oder ob es sich um eine Erfahrung aus einem Projekt heraus handele?

Der Vortragende antwortet, dazu gebe es ein Papier von Viktor Mayer-Schönberger vom Oxford-Internet-Institute. Es handele sich nicht um eine flächendeckende Analyse. Es gehe auch nicht um ePartizipation im politischen Bereich, sondern in anderen Bereichen. Die Aussage sei, wenn es überall dieses festgestellte Muster gebe, könne es im politischen Bereich ähnlich sein. Es sei eher darum gegangen, dass Unternehmen ihre Interaktionsmechanismen öffneten. Kunden konnten Vorschläge machen. Dort komme zwar wenig, dafür aber guter Input. Dazu gebe es ein öffentliches Papier, das er gern an alle Mitglieder der Projektgruppe versenden könne.

Ein Sachverständiger führt aus, es fehle noch eine Menge an Forschung, wie Anreizstrukturen, um sich zu beteiligen, tatsächlich aussähen. Wie könne man diese nutzen, um Experten zu erkennen? Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) forsche u. a. in diesem Gebiet.



Die Aussage, dass die Partizipationsbasis nicht habe verbreitert werden können, sei ein Widerspruch dazu, dass sich erkennbar viele Leute bei manchen Themen online beteiligten. Vielleicht liege es auch daran, dass noch immer in traditionellen Prozessen gedacht werde. Die Bürger wollten vielleicht unmittelbarer mitwirken und nicht über zwei Schritte in die repräsentative Demokratie hineinwirken und letztlich wieder zur Wahl gehen. Gefragt werden müsse, ob man nicht völlig neue politische Prozesse brauche, über die man derzeit noch nichts wisse. Ideen müssten entwickelt und ausprobiert werden. Man wisse nicht, wie politische Prozesse in Zukunft aussehen oder gut gestaltet werden könnten. Dazu sei viel Forschung notwendig.

Tim Berners-Lee, einer der Erfinder des Internets, begründete auch das Forschungsgebiet der Web-Science. Es gehe darum, wie Internet und Gesellschaft interagierten. Themen wie Anonymität würden untersucht. Er plädiere dafür, explorativ zu forschen und diese Forschung zu unterstützen. Die Aussagen, die man heute treffe, gingen darauf zurück, dass man vom klassischen System komme und Entwicklungen damit vergleiche. So komme man zu Aussagen, dass sich die Partizipationsbasis nicht verbreitern lasse und man gleichzeitig beobachten könne, dass es viele Menschen gebe, die sich einbrächten.

Ein Mitglied der Projektgruppe erfragt, ob es Untersuchungen dazu gebe, ob sich Beteiligung dann erhöhe, wenn es eine Verpflichtung der Entscheidungsträger gäbe, sich mit den eingebrachten Vorschlägen auseinanderzusetzen. Wenn die Vorschläge beraten und über deren Aufnahme bzw. weitere Behandlung entschieden werden müsse, erhöhe sich dann die Partizipation? Ihre These sei, dass der Anreiz zur Partizipation höher sei, wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sich



die Entscheidungsträger am Ende mit den eingebrachten Vorschlägen beschäftigten.

Ein Abgeordneter erklärt, niemand zweifele den Wesensgehalt der Demokratie mit der aktuellen Diskussion an. Die Methoden mit denen Demokratie ausgeübt werde, müssten sich schon ändern. Das hätten sie auch in der Vergangenheit getan. Man stehe derzeit vor dem nächsten evolutionären Schritt, an dem man überlegen müsse, wie Demokratie und Partizipation weiterentwickelt werden könne, da sich auch die technischen Möglichkeiten deutlich weiterentwickelt hätten.

Bezug nehmend auf die vorhergehenden Ausführungen erklärt er, Pauschalierungen wie die Aussage, die Leute wollten sich größtenteils nicht beteiligen, halte er für problematisch. Man wisse nicht, was die Menschen wollten, weshalb sie ja befragt würden. Dies müsse man unter Nutzung neuer Methoden tun. Es sei vollkommen zutreffend, dass Transparenz und das Führen eines Dialoges notwendig seien, an deren Ende letztlich eine Entscheidung stehe. Das repräsentative System solle dabei nicht in Frage gestellt werden, obwohl mehr plebiszitäre Elemente ebenso zu befürworten seien.

Ohne Frage sei der Deutsche Bundestag sehr arbeitsteilig organisiert. Das Parlament funktioniere sehr gut dadurch, dass einzelne Abgeordnete sich jeweils vertieft in bestimmte Sachgebiete einarbeiteten und ihr Wissen in den entsprechenden Gremien einbrächten. Hier könne überlegt werden, ob man dies crowd-sourcen könne, um prinzipiell allen Beteiligungsmöglichkeiten über verschiedene Instrumente zu eröffnen. In diesem Zusammenhang spiele auch das Thema Anonymität eine Rolle. Dürfe man sich nur unter seinem Klarnamen äußern oder könnten auch anonyme Äußerungen zugelassen werden? Wie mit Anonymität umgegangen werde, sei



eine Kernfrage, die es noch zu beantworten gelte. Wo sei Anonymität gewollt? Anonymität sei wichtig zur Wahrung der Privatsphäre, auch bezüglich politischer Äußerungen. Überlegt werden müsse aber auch, wo Anonymität nicht zugelassen werden könne, weil eine Aussage mit einer Person verknüpft sein solle.

Ein Abgeordneter berichtet von einer Podiumsdiskussion im Stuttgarter Landtag, an der auch einer der Redakteure der Neuen Züricher Zeitung teilgenommen habe. Das Schweizer Modell der sehr transparenten und direkten Demokratie habe aus deutscher Sicht auch Nachteile, weil es Ergebnisse wie das Minarettverbot möglich mache. Andererseits gehe die Schweiz diesen Weg schon sehr lange, sehr mutig. Er habe aus der Diskussion den Ansatz herausgehört, dass man in Deutschland zu feige für derartige Schritte sei. Es müsse also darüber nachgedacht werden, ob man den Mut habe, den Schritt in Richtung mehr Partizipationsmöglichkeiten zu gehen.

Einer der Vortragenden erklärt zu den vorgetragenen Studienergebnissen bezüglich der Verbreiterung der Partizipationsbasis, dass diese nicht besagten, dass die neuen Instrumente, wo sie existierten nicht intensiv genutzt würden, sondern – betrachte man die soziodemografische Aufteilung – dass sich oftmals diejenigen beteiligten, die sich sonst bereits auch in anderen Formen engagierten. Das sei das Ergebnis des über zehn Jahre geführten Projektes und stimme ein wenig bedenklich. Aus den Zahlen ergebe sich jedenfalls nicht, dass es gelungen wäre, völlig neue Gruppen für die Beteiligung zu erschließen. Das sei die maßgebliche Erkenntnis der Untersuchung. Das müsse aber nicht so bleiben. Er bestätigte, dass man mehr über die Motivation bzw. die Anreize zur Beteiligung wissen müsse. Er kenne aber keine diesbezüglichen Studien.



Wohl aber gebe es Studien, die relativ gut belegten, dass die Frage, ob Wahlfreiheit herrsche oder nicht, wenig Einfluss darauf habe, ob sich die Menschen inhaltlich engagierten. Ziemlich evident sei aber, dass die Bereitschaft Zeit zu investieren steige, je nach dem wie relevant das sei, was man tatsächlich tue. Die Bürgerinnen und Bürger gingen hinsichtlich der Frage, wofür sie sich politisch engagieren wollen, ökonomisch mit ihrer Zeit um. Dort, wo ihr Engagement keine Wirkung entfalte, würden sie sich auch nicht engagieren. Das sei sehr eindeutig.

Interessant an der Diskussion der Projektgruppe sei, dass man merke, dass es eine Neujustierung zwischen dem Mediensystem und dem, was man in diesem neuen Internetbereich an Aspekten erkennen könne, gebe. Dies vollziehe sich auch in der Gesellschaft insgesamt. Das sei auch in der Diskussion des Themas Transparenz deutlich geworden und an der Frage, ob die Bürger Zeit investierten, um sich bestimmte Sachen anzuschauen. Hier müsse die Aufgabenteilung sein, dass das, was die Bürgerinnen und Bürger wissen müssten, durch die massenmediale Kommunikation gespiegelt werde. Daneben brauche man verstärkt Instrumente, die politische Prozesse transparent machten und ermöglichten, dass sich Bürger einbringen könnten, wenn sie dies wünschten. Wichtig sei dann, dass dies potenziell wahrgenommen werden könne, von denen, die sich auf politischer Ebene mit diesem Thema befassten. Auf politischer Ebene müsse klar sein, dass Partizipation hoch selektiv sei und man die Ergebnisse der Beteiligung nicht auf die Bevölkerung „hochrechnen“ könne, nur weil sich einige sehr aktive Internetaktivisten beteiligt hätten. Dies müsse erkannt und die Selektivität ernst genommen werden. Im Ergebnis der heutigen Diskussion sollten die Texte der Projektgruppe daraufhin geprüft werden, an welchen Stellen man sinnvoll Instrumente der Partizipation einbauen könne. In welchen



Phasen des Partizipationsprozesses, sei diese Möglichkeit tatsächlich gegeben? Müsse man noch Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Anreize Leute brauchten, um sich zu engagieren und wie gehe man mit dem Ergebnis dieses Engagements um? Wenn die Projektgruppe hier zu ein paar Vorschlägen komme, sei eine ganze Menge erreicht.

Ein Projektgruppenmitglied stimmt zu, Partizipation müsse differenziert nach den verschiedenen Ebenen betrachtet werden. Weiterhin müsse überlegt werden, welche Form von Partizipation man wolle. Das Mindeste sei, dass rückgespiegelt werde, was mit den eingebrachten Beiträgen geschehe. Diskutiert werden müsse aber auch, wie weit Partizipation gehen solle. Wenn man sich Plebiszite als mögliche Erweiterung vorstellen könne, müsse überlegt werden, wann dieses Mittel angebracht sei und wie es angewandt werden solle. Sollten Plebiszite über das Netz durchgeführt werden? Diese Punkte müssten hinterfragt werden. Sie spreche sich für mehr Beteiligung aus und auch dafür, eine Rückmeldung dazu zu geben, inwieweit Argumente eingeflossen seien. Über die Form der Abstimmung müsse diskutiert werden. Der Idee diese über das Internet durchzuführen, stehe sie eher zurückhaltend gegenüber.

Ein Sachverständiger führt in Anlehnung an die Ausführungen eines anderen Mitglieds aus, man könne Partizipation so gestalten, dass sie die Menschen überfordere und man müsse sich dementsprechend Gedanken machen, wie man dieser Überforderung begegnen könne. Es sei auch eine Frage, wie die Medien damit umgingen. Es fehle, eine Begleitung durch Medien, die nicht zusätzlich Verwirrung stifte. Das bedeute, dass es z. B. auf Seiten der Medien jemanden gebe, der einen Prozess moderiere oder Informationen verdichte. Dies gelte insbesondere



für Informationen, die für jemanden, der mit dem Thema befasst sei, völlig selbstverständlich seien, den interessierten Menschen aber nicht. Zum Beispiel wüssten viele, die sich beteiligen wollten nicht, wie Demokratie tatsächlich funktioniere. Die Menschen müssten die Informationen – eingebettet in einen medialen Bildungsprozess – erhalten. Es müsse möglich sein, dass jemand auf ein Thema stoße und eine Anlaufstelle vorfinde, die Hintergrundinformationen zu Thema und Prozess bereitstelle und Erklärungen liefern könne. Das fehle in den Netzen und sei zugleich ein Appell an die Medien, zu überlegen, ob der bisherige Umgang, alles einfach nur aufzugreifen und abzudrucken, der richtige sei.

Der Vorsitzende erklärt, das sei das Grundproblem, je komplexer politische Prozesse verliefen, desto schwieriger werde es auch, diese nachzuvollziehen – für alle Beteiligten. Als Beispiel führt er an, dass fünfzig Prozent der Befragten angäben, die Erststimme sei bei der Bundestagswahl entscheidend für die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, während die anderen fünfzig Prozent dies von der Zweitstimme annähmen. Selbst bei politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern gebe es hier oft Unklarheiten, insbesondere wenn man noch tiefer in die Detailfragen ginge. Dies zeige, dass das existierende System nicht verstanden werde. Man sei gerade an einer ganz entscheidenden Frage, wenn man diskutiere, mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern und so die Komplexität nochmals zu erhöhen. Es brauche eine Antwort darauf, wie man den persönlichen Bezug des an der Demokratie beteiligten Menschen erhalten könne. Es müsse verhindert werden, dass man in eine postdemokratische Elitendemokratie abrutsche. Das sei eine große Herausforderung.



Auf die Ausführungen eines Projektgruppenmitglieds Bezug nehmend, erklärt der Vorsitzende, er sei kein unvoreingenommener Befürworter von Plebisziten. Er glaube aber, dass sie einen guten Zweck erfüllen könnten. Er könne sich vorstellen, dass ein Prozess gefunden werde, mit dem man zu zwei bis drei Fragen im Zeitraum eines Jahres abstimmen könne. Interessant sei, wie man zu den später zur Abstimmung stehenden Fragen komme. Könne hierzu nicht ein Beteiligungsprozess entwickelt und entsprechend ausgestaltet werden? Mit der Frage, ob online abgestimmt werden könne, werde sich die Projektgruppe in ihrer weiteren Arbeit noch detailliert befassen. Der Ansatz, das Bestehende weiterzuentwickeln und vielleicht auch die Entwicklung ganz neuer Ansätze, die derzeit noch nicht erkannt seien, dafür sei entsprechende Offenheit notwendig.

Ein sachverständiges Mitglied ergänzt, bezüglich der Fragestellung, welche Form der Partizipation man sich wünsche, müsse man auch überlegen, ob es diesbezüglich überhaupt eine Chance gebe oder ob alles nicht einfach irgendwie geschehe? Vielleicht müsse man auch eher überlegen, welche Form der Partizipation man nicht wolle, damit es nicht zu Manipulationen komme. Vielleicht sei diese Frage die wichtigere, wenn man sich solche Formen der Partizipation überlege.



Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt die Projektgruppe – angesichts der fortgeschrittenen Sitzungszeit –, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

TOP 2 Expertengespräch/ Anhörung

TOP 4 Verschiedenes

TOP 1 Arbeitsplan Kapitel 1 Grundlagen/ Kapitel 2 Legislative in der vernetzten Gesellschaft

Beratung der Textbeiträge:

1.3 Neue Formen einer digital vernetzten Demokratie

1.4 Voraussetzungen und Probleme der Demokratie in der digitalen Gesellschaft

2.1 Begriffsbestimmung und Einordnung „E-Partizipation“

2.4 Legislative Entscheidung

TOP 3 Bürgerbeteiligung

TOP 2 Expertengespräch/ Anhörung

Die Projektgruppe beschließt, dass das Expertengespräch als **öffentliche Anhörung im Rahmen der Enquete-Kommission** stattfinden soll.

Die Projektgruppe hat sich auf den Titel "**Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation**" verständigt.

Zur **Anzahl der einzuladenden Experten** führt der Vorsitzende aus, es könnten z. B. sechs Experten geladen werden. Diese



verteilt sich wie folgt auf die Fraktionen: CDU/CSU zwei Anhörpersonen, die übrigen Fraktionen könnten dann je einen Experten benennen. Alternativ könne sich die Projektgruppe aber auch gemeinsam auf die einzuladenden Experten verständigen. Die Projektgruppe folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, sich gemeinsam auf die anzuhörenden Personen zu verständigen.

Als **Zeitraumen für die Anhörung** werden zwischen drei und vier Stunden vereinbart.

Die Anhörung solle möglichst Ende Februar 2012 stattfinden.

TOP 4 Verschiedenes

Klausurtagung 30./31. März 2012

Die Klausurtagung der Projektgruppe findet am **30.März 2012, ab 14.00 Uhr** statt. Die ursprünglich geplante Fortsetzung der Tagung am 31. März entfällt.

Die Projektgruppe beschließt, bei Bedarf eine zusätzliche Klausurtagung durchzuführen.



TOP 1 Arbeitsplan Kapitel 1 Grundlagen/ Kapitel 2 Legislative in der vernetzten Gesellschaft

Kapitel 1.3 Neue Formen einer digital vernetzten Demokratie

1.3.4. Anforderungen an die Gestaltung digitaler Partizipation

Einige Projektgruppenmitglieder wenden ein, dieser Textteil sei ein Bruch mit dem sonstigen Duktus. Zudem trügen die Formulierungen zum Teil eher den Charakter von Handlungsempfehlungen. Die Frage sei, wie damit umgegangen werden solle. Der enthaltene Gedanke vom Erfüllungs- zum Gewährleistungsstaat solle sehr ernst genommen werden.

Der Beitrag wird inhaltlich überarbeitet und in der nächsten Sitzung abschließend aufgerufen.

Kapitel 1.4 Voraussetzungen und Probleme der Demokratie in der digitalen Gesellschaft

Der Textbeitrag zu Kapitel 1.4 konnte in dieser Sitzung nicht behandelt werden. Er wird in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.

Kapitel 2.1 Begriffsbestimmung und Einordnung „E- Partizipation“

Der Textbeitrag zu Kapitel 2.1 konnte in dieser Sitzung ebenfalls nicht behandelt werden. Auch er wird in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.



Kapitel 2.4 Legislative Entscheidung

Die Textbeiträge zu Kapitel 2.4 konnten ebenfalls in dieser Sitzung nicht behandelt werden. Auch sie werden in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.

TOP 3 Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligungsplattform

Die Beiträge aus der **Bürgerbeteiligungsplattform** konnten ebenfalls in dieser Sitzung nicht behandelt werden. Sie werden ebenfalls in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.

Die **nächste Projektgruppensitzung** findet am **27. Februar 2012** statt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern und schließt die Sitzung.

Im Auftrag
gez.

Mirko Jonscher